

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 50 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Stellen-Anzeigen die 3 gepaltene Petit-Zeile 5,00 M. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 558 15, Postfachamt Hannover.

Verlag von M. Wey. Druck von E. A. G. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Klemann, Hannover. Redaktionsschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolajir. 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß Nord 3002.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Der Verbandstag zu Frankfurt a. M. hat durch die Aufstellung des Grundgesetzes: Der wöchentliche Verbandsbeitrag beträgt einen Stundenlohn, die Möglichkeit geschaffen, den Verbandsbeitrag der Selbstverwaltung und der Veränderung der Lohnsätze anzupassen. Um den Zahlstellen die Durchführung dieses Grundgesetzes zu ermöglichen, hat der Vorstand im Hinblick auf die abgeschlossenen Tariflöhne beschlossen, eine weitere Beitragsklasse von 80 M. einzuführen. Für die Festsetzung der Unterstützungsätze dieser Beitragsklasse ist die vom Frankfurter Verbandstag geschaffene Grundlage maßgebend.

Mitglieder mit einem Tariflohn über 75 M. gehören der 24. Beitragsklasse (80 M.) an. Bei Tariflohn hat die Einreihung in die Beitragsklasse nach dem Stundenverdienst zu erfolgen. (§ 9 des Statuts). Die Unterstützungsätze für diese Beitragsklasse sind aus folgender Tabelle ersichtlich.

Erwerbslosen-Unterstützung (§ 16, Absatz 5)				Streik- und Gemäßigten-Unterstützung (§ 19 d. Statuts und § 12 des Streikreglements)	
Zahl der Wochenbeiträge	Bezugszeit Tage	pro Tag M.	Höchstsumme innerhalb 65 Wochen M.	Zahl der Wochenbeiträge	pro Woche M.
24. Klasse (80 M. Wochenbeitrag)					
52	30	41,-	1230,-	13-26	980,-
156	42	41,50	1743,-	26-52	1440,-
260	48	42,-	2016,-	über 52	1920,-
416	54	42,50	2295,-	Des Weiteren für jedes noch nicht schulpflichtige und nicht schulentlassene Kind 9 M. pro Woche mehr, vorausgesetzt, daß das im Streik befindliche Mitglied Alleinerzieher der Kinder ist. Bei Mitgliedern erhaltener 9 M. pro Woche weniger.	
520	60	43,-	2580,-		
624	72	43,50	3132,-		

Sterbegeld (§ 17 Absatz 2)	
nach Beitragswochen	M.
24. Klasse (80 M. Wochenbeitrag)	
104	1200,-
156	1600,-
208	2000,-
260	2400,-
312	2800,-
364	3200,-
416	3600,-
468	4000,-
520	4400,-
624	4800,-

Unzugsgeld (§ 18 Absatz 2)	
bei Kilometer	M.
24. Klasse (80 M. Wochenbeitrag)	
20-50	1185,-
50-100	1200,-
100-150	1215,-
150-200	1230,-
200-250	1245,-
über 250	1260,-

Steigt in jeder Entfernungstufe nach 260 Beitragswochen um 525 M., nach 520 Beitragswochen um weitere 525 M.

Die Mitglieder werden gebeten, diese Veröffentlichung als Nachtrag zu dem am 1. Oktober in Kraft tretenden Statut aufzubewahren. Der Vorstand.

Die deutschen Gewerkschaften und der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete.

Der Stinnes-Luberjac-Vertrag, die an ihn anschließenden Debatten und besonders die verächtlichen, bewußt lügnerrischen Angriffe der Kommunisten gegen den WGB, nötigen, die bisherigen Bemühungen und Kämpfe des WGB, um die Durchführung des Wiederaufbaues und um die Organisationsformen der deutschen Sachlieferungen der Reihe nach aufzuführen. Die ersten Versuche der freien Gewerkschaften, durch Wiedergutmachung und tätige Hilfe beim Wiederaufbau der vom Krieg zerstörten Gebiete an der Völkerverehrung zu arbeiten, bezogen bereits wenige Wochen nach dem Kriegsende. Sie sind trotz aller Mißerfolge immer und immer wieder aufgenommen worden. Die deutschen Gewerkschaften haben ausgiebigste Kräfte aufgestellt für Aufbaumaterialien, Aufbaumaterialien und Bauarbeiter durch deutsche Arbeiter. Dabei sollte allerdings Bedingung sein, daß der deutsche Arbeiter als freier Arbeiter und nicht als Zwangsarbeiter die Arbeit auf sich nehme. Trotz wiederholter Reisen deutscher Gewerkschaften ins Aufbaugesbiet blieben diese Angebote bei der französischen Regierung ohne Erfolg. Ein späterer beschänkter Plan, durch die deutschen Sozialen Baubetriebe 11 völlig zerstörte Dörfer im Gebiet Peronne-Chaulnes aufzubauen, blieb gleichfalls ohne Erfolg. Die französischen Unternehmer fürchten in ihrer Arbeiterfeindschaft dieses Beispiel der praktischen Auswirkung der deutschen Arbeiterbewegung und mußten durch chauvinistische Verhöhnung zu erreichen, daß bei der öffentlichen Zusammenkunft nicht genügend Geschädigte für den von den Sozialen Baubetriebe geplanten Aufbau stimmten. Die deutschen Gewerkschaften sind also stets für eine entschiedene Förderung des Wiederaufbaues eingetreten, wie sie sich auch stets für die Durchführung deutscher Sachlieferungen eingesetzt haben, wobei sie aber stets bemüht waren, dem Grundgesetz Geltung zu verschaffen. Der Wiederaufbau darf nicht zu einer maßlosen Verrechnung der mit der Lieferung Beiträgen führen, es darf nicht dem Kriegs- und Nachkriegsflüchtlingen der Reparationsgewinnler folgen.

Neben der auf Grund des Artikels 238 des Verfallter Vertrags bestehenden Sachlieferungsverpflichtung für das im Kriege

entführte Eisenbahn- und Industriematerial, Vieh usw. sah dieser Vertrag bereits für Kohle, Holz, Farbstoffe und bestimmte Chemikalien die deutsche Sachlieferungsverpflichtung vor. Daneben laufen die bekannten ungeheuren, im vollen Ausmaß noch nicht einmal feststehenden Darlehen. Es war Walter Rathenau's Verdienst, daß er im sogenannten Wiesbadener Abkommen (Korr.-Bl. 1921, Seite 468 uff.) versuchte, durch Anerkennen von Sachleistungen eine Herabsetzung der deutschen Barzahlungen zu erreichen. Ein Abkommen mit Frankreich, das von der Industrie lebhaft kritisiert und bekämpft und von den Gewerkschaften anerkannt und gestützt wurde. Der Zeitgedanke des Wiesbadener Abkommens war, zur Durchführung dieser Sachlieferungen große Selbstverwaltungskörper der liefernden Industrie in Deutschland und der empfangenden Geschädigten in Frankreich zu bilden. In Deutschland sollte der sogenannte Lieferverband die Zentralstelle sein, dessen Unterbau sachliche und regionale Leistungsverbände bilden sollten. Aufgabe des Lieferverbandes sollte sein: Verteilung der anfallenden Aufträge unter Rücksicht auf den Stand des Arbeitsmarktes in den einzelnen Bezirken, Vermeidung übermäßiger Gewinne und Sicherung der

Der wöchentliche Beitrag wird einheitlich als Verbandsbeitrag erhoben und richtet sich in seiner Höhe nach dem Tariflohn. Grundgesetz ist die Leistung eines Stundenlohnes.

sozialpolitischen Errungenschaften. Die Gewerkschaften haben bereits im August 1921 in Verhandlungen mit der Regierung die Eingliederung der Gewerkschaften in diese Organisationen verlangt, und zwar eine Eingliederung, die wirklich maßgebenden Einfluß auf die Erledigung der Sachlieferungen bot (Korr.-Bl. 1921, Seite 623). Die Regierung anerkannte die von den Gewerkschaften geltend gemachten Gründe und stimmte dem Verlangen zu. Es folgten langwierige Verhandlungen, die sich bei der Abneigung der Industrie gegen eine unter Mitwirkung der Gewerkschaften kontrollierte Sachlieferung lange hinschleppten, aber doch dazu führten, daß die Leitung des Lieferverbandes in allen Teilen zu je einem Drittel aus Vertretern der Unternehmensorganisationen, der Gewerkschaften und der Behörden gebildet werden sollte. Ihr sollte die Ueberwachung und Preisbildung der Sachlieferungen obliegen, sie sollte die Bildung eines unangemessener hohen Unternehmensgewinns verhindern und die Durchführung der sozialpolitisch für die Arbeitnehmer notwendigen Bedingungen sichern.

Diese von den Gewerkschaften verlangte Form der Sachlieferung, die sich mit dem Staatsinteresse deckte und die an die Stelle des völlig freien Geschäftsverkehrs den gebundenen und kontrollierten setzte, war grundsätzlich bereits beschlossen, als sich durch das Eingreifen außerdeutscher Einflüsse plötzlich Hemmnisse zeigten. Die im Wiesbadener Abkommen zugestandene teilweise Ablösung der Barzahlungen durch Sachleistungen wackelte in den übrigen Entente-Ländern, vor allem in Belgien und Italien, gleichfalls den Wunsch nach Waren- und Werklieferungen. Die Reparationskommission drängte, verlangte jedoch, daß für diese Lieferungen von den organisatorischen Grundlagen des Wiesbadener Abkommens abzuweichen sei. Da angeblich die Kontrolle und Vermittlung der Aufträge durch die vorgesehene Organisation schwerfällig und störend sei, wurde der völlig freie und unkontrollierte Verkehr zwischen Belgien und dem deutschen Erzeuger verlangt. Das Reich, zu dessen Lasten die Belieferungen liefen, hatte nur den Erzeuger zu entschädigen, ohne in das Geschäft selbst oder in die Auftragsverteilung einzugreifen. Von diesem Plan, über den als Vertreter der Reparationskommission der Belgier Demelmans verhandelte, erfuhr die Gewerkschaften Kenntnis. Sie haben sofort leidenschaftlich diese Umwälzung des Wiesbadener Abkommens bekämpft und alles gegen ihn mobil gemacht. In der Gewerkschafts- und Parteipresse des In- und Auslandes wurde auf die Gefahren des "freien" Wiederaufbaues aufmerksam gemacht (Korr.-Bl. 1922, Seite 99 und 129). Die ausländischen Genossen wurden gerade im Hinblick auf die Nachteile, die ihre eigenen Arbeiter und Geschädigten durch die unkontrollierten Lieferungen der Wiederaufbaumaterialien erleiden mußten, zum Widerstand gegen das Verlangen ihrer Regierungen aufgerufen. Eine in jenen Tagen stattfindende internationale Gewerkschaftskonferenz gab Gelegenheit, den ausländischen Genossen die drohende Gefahr vor Augen zu führen. Es fanden Verhandlungen mit allen in Frage kommenden Regierungskreisen statt, um von der Regierung das Festhalten an den im Wiesbadener Abkommen vorgesehenen Kontrollorganisationen zu erreichen. Die Regierung erkannte die Berechtigung dieser auch im Interesse der deutschen Volkswirtschaft liegenden Forderung an. Der Anspruch nach teilweiser Ablösung der Barzahlungen durch Sachleistungen wurde bei den Verhandlungen denn auch anerkannt, die von Demelmans verlangte Form jedoch abgelehnt. Sofort wurden, wie bei den Verhandlungen der Entente immer üblich, die Daumenschrauben angezogen. Einmalige Erfüllung des Verlangens oder vermehrte untragbare Leistungen und verstärkter Druck auf Deutschland. Dem Druck folgend, kam so das Demelmans-Abkommen zustande, gegen die Bemühungen der Gewerkschaften und gegen die Inter-

essen der Völker selbst. Die Daumenschrauben hatten, wie so oft, gewirkt und einen Vertrag erzwungen, der die Verteilung, Aufbringung und Durchführung der aus dem Wiederaufbau fließenden Aufträge der völlig privaten Initiative der Industrie zuwies, die in ihrer Preisgebung und ihrem Profit durch keine hinderliche Kontrollinstanz befristet wurde.

So stand neben dem Wiesbadener Abkommen für Frankreich mit seinen vertraglich vereinbarten Durchführungsorganen, in die die Gewerkschaften eingereiht werden sollten, der Demelmans-Vertrag, aufgebaut auf der grundsätzlich freien Wirtschaft. Was vorauszusetzen war, trat sofort ein. Die Seite des Demelmans-Vertrages war noch nicht trocken, als die französische Regierung verlangte, daß nunmehr das Wiesbadener Abkommen im Sinne des Demelmans-Vertrages abgeändert werde, d. h. auch für Frankreich sollte auf die gebundene, kontrollierte Lieferung verzichtet und zwecks "einfachen und raschen Verfahrens" das bisher vereinbarte Verfahren aufgehoben und durch das des Demelmans-Vertrages ersetzt werden. Unter dem nötigen Druck wurde dann auch der von Frankreich verlangte Grundsat im sogenannten Gillet-Vertrag anerkannt. Die deutsche Industrie war befriedigt, denn sie wollte den "freien" Vertrag. Sie hatte den Anspruch der Gewerkschaften nach Mitwirkung in den Lieferverbänden bekämpft und war froh, durch den Demelmans- und Gillet-Vertrag um die Kontrolle ihrer Preisgebung und ihrer Gewinne herumkommen zu sein. Die Gewerkschaften waren im Kampfe um die Kontrolle der Reparationsgewinne unterlegen. Nicht weil die deutsche Regierung dieser Forderung widersprach, sondern weil die Entente sich die ihr genehme Form erzwungen hatte. Die Gewerkschaften hatten alles getan, um die ursprünglich vereinbarten Ueberwachungsorgane des Wiesbadener Abkommens zu sichern und durchzuführen, die Macht der Entente war aber größer.

Durch den Demelmans- und den Gillet-Vertrag wurde die Grundlage des "freien" Verkehrs geschaffen. Der Stinnes-Luberjac-Vertrag ist seine Auswirkung. Um was handelt es sich? Die Geschädigten (Simultierten) der ehemaligen Kriegszone, die heute noch meist in elenden Hütten hausen, weil ihre Häuser und Dörfer noch immer des Wiederaufbaues harren, sind in verschiedenen Korporationen oder Verbänden zusammengeschlossen. Der größte dieser Verbände, der angeblich rund 75 v. H. der Geschädigten umfaßt, steht unter der Leitung des französischen Senators Marquis de Luberjac, der selber Geschädigter ist. Luberjac hat nunmehr auf Grund des Gillet-Vertrages für die Mitglieder seines Verbandes die Lieferung der für den Wiederaufbau nötigen Materialien vertraglich mit Stinnes vereinbart. Bei dem großen Umfang der Forderung und dem Rechtsanspruch der von Luberjac vertretenen Geschädigten ist, wenn alle anfallenden Lieferungen durch den Stinnes-Konzern geleistet würden, was allerdings den unwahrscheinlichen völligen Lieferungsaußschluß der französischen Industrie bedeuten würde, mit einem Gesamtobjekt von rund 1500 Milliarden Papiermark zu rechnen. Die von Stinnes geführte Aktiengesellschaft für Hoch- und Tiefbau" gilt als Generalübernehmerin. Sie behält sich das Recht vor, Teile der Lieferung an andere Firmen abzutreten, wie auch bereits mit anderen Firmen geschlossene Verträge fortzuführen unter Kontrolle der "Hoch und Tief". Die für die Durchführung der Lieferungen nötigen Kohlenmengen werden unter besonderen Voraussetzungen von der nach dem Friedensvertrag an Frankreich zu liefernden Kohlenmenge abgezogen, so daß ein vermehrter Verbrauch der Deutschland zustehenden Kohle durch diese Arbeiten nicht stattfindet. Die Verteilung der Kohle auf die zur Lieferung der Materialien herangezogenen Werke ist Sache der Firma Stinnes in Verbindung mit dem Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikat. Als Lieferpreis der Aufbaumaterialien gilt der französische Tagespreis zuzüglich 6 v. H. für Unkosten, Verwaltung und Verdienst der "Hoch und Tief". In dieser Höhe sind die Lieferungen von der deutschen Regierung zu zahlen und werden auch in dieser Höhe auf das Reparationskonto verrechnet.

Das Ganze stellt sich also als ein reines Privatgeschäft auf Grund des raubigerten Gillet-Abkommens dar. Es wackelt fraglich auf dem Boden des Stinnes-Vertrages wirklich im Einklang mit jenem Vertrag ist. Bei dem Umfang des Luberjac-Verbandes umfaßt er den größten Teil der für die zerstörte Zone zu liefernden Materialien. Das Unterabkommen zwischen dem deutschen Wiederaufbaumaterialien- und dem französischen Ministerium für die freien Gebiete vom 28. Mai 1922 sagt unter Ziffer 4 ausdrücklich: "Die deutsche und französische Regierung sind dahin einig, daß es mit dem Geiste der Vereinbarung unvereinbar sein würde, wenn ein übermäßiger Teil der Bestellungen auf gewisse Firmen oder gewisse Landesteile entfallen würde." Verlangt jenes Abkommen auch weiter, daß die Verteilung der Bestellungen ausschließlich dem freien Verkehr überlassen wird und die Regierung sich jeder Maßnahme enthalten sollte, welche die Freiheit dieses Verkehrs beeinträchtigen könnte, so steht dem Stinnes-Vertrag bei der Größe des Vertragsobjektes doch die obige Verwahrung entgegen. Sie ist nicht als etwas Nebenständliches gedacht, sondern vertraglich festgelegt, um den Staat gegen die Ausbeutung durch ein übermächtiges Syndikat beim freien Verkehr zu schützen und um mindestens eine kleine Gewähr zu bieten, daß auch im freien Verkehr die sozialpolitischen Notwendigkeiten, Rücksichten auf den Arbeitsmarkt und dergleichen berücksichtigt werden können. Der Stinnes-Vertrag geht mit Rücksicht auf seinen Umfang über den im Vertrag festgelegten Begriff eines "freien" privaten Geschäftes hinaus. Abgesehen von seinen sonstigen Festlegungen verlangt er

daßer die Unterstellung unter eine Kontroll- und Aufsichtsinanz, die im allgemeinen Staatsinteresse ausgeübt werden muß.

Der Stinnes-Lubersac-Vertrag.

Der Wiederaufbau-Vertrag den Herr Stinnes, der schärfste Gegner der deutschen Erfüllungspolitik, mit dem Marquis de Lubersac, Präsident der Vereinigung der Wiederschließungsgenossenschaften der zerstörten Gebiete, abgeschlossen hat, ist ein Ereignis von außerordentlicher politischer und wirtschaftlicher Wichtigkeit. Politisch bedeutet die Auswirkung des Vertrages die Annäherung der beiden Völker, die Abdämpfung des Nationalhasses, der aus den Ruinen des zerstörten Nordfrankreich immer wieder neue Nahrung sog. Die gemeinsame Wiederaufbauarbeit wird die Völker politisch und wirtschaftlich näher bringen, vielleicht auch die Möglichkeit einer Verständigung in der Reparationsfrage schaffen. Die französische Politik wird die bisherigen wirtschaftlichen Methoden gewalttätiger Sanktionen nicht mehr anwenden können, will sie die Durchführung dieses und der anderen Wiederaufbauverträge nicht unmöglich machen. Innerpolitisch ist die fast vollständig gelungene Umschaltung der kontrollierenden Arbeit der Gewerkschaften ein Sieg des Großkapitals. Die wirtschaftliche und politische Schwäche der durch die kommunistische Zersetzung zerrütteten französischen Gewerkschaften hat der Großindustrie diesen Sieg sehr leicht gemacht. Ihr Bestreben, den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs zu einem gemeinsamen kapitalistischen Geschäft zu gestalten, ist gelungen. Die Kriegsgewinnler können als Reparationsgewinnler ihre ausbeuterische Tätigkeit fortsetzen. Haben und drüben.

Wirtschaftspolitisch bedeutet der Vertrag eine ungeheure Stärkung der Machtposition von Stinnes. Die unter seinem Einfluß stehende „Alten-Gesellschaft für Hoch- und Tiefbau“ in Essen übernimmt die Ausführung des Vertrages, verteilt die daraus sich ergebenden geschäftlichen Aufträge und Lieferungen, schafft den Kontrollapparat und streicht für ihre Abwicklung die festzusetzenden Milliardenposten ein. Herr Hugo Stinnes verteilt die vertragsmäßig freizugebende Reparationsstoffe, die zur Herstellung der zu liefernden Baustoffe notwendig ist. Da gegenwärtig von der Kohlenlieferung Gebot oder Verbot der Beträge abhängt, so ergibt sich ganz von selbst eine starke Erweiterung des Interessensbereiches der von Stinnes beherrschten Konzerne. Die Baustoffherstellungsinvestitionen werden in den Geschäftsbereich des Industriekonigs Stinnes einbezogen. Der Stinnes-Lubersac-Vertrag schafft aber noch viel weitergehende Möglichkeiten. Er fördert die mehrfach angebahnte Verständigung zwischen der deutschen und französischen Schwerindustrie. Englische Beobachter haben schon darauf hingewiesen. Sie haben auch nicht verstanden zu bemerken, daß bei einer solchen Interessengemeinschaft die deutsche Seite infolge der hier vorhandenen ständigen organisatorischen Kontakte die Führung übernehmen würde. Kommt eine solche Verständigung aber zustande, dann erfährt die innerpolitische Machtposition der deutschen Großindustrie eine außerordentliche Stärkung.

Der Stinnes-Lubersac-Vertrag ist von nicht zu unterschätzender Bedeutung für die Erfüllung des deutschen Arbeitsvertrages. Die sich aus seiner Durchführung ergebenden Aufträge werden die notwendigen Folgen des drohenden Konjunkturausschlags bewältigen herbeiführen. Besonders günstig dürfte der Vertrag auf den Beschäftigungszustand der in der Baustoffherstellung stehenden Arbeiterklasse wirken. Die vorgezeichneten Lieferungen an Zement, Kalk und Ziegeln bedingen eine starke Produktionssteigerung in diesen Produktionszweigen, da der Umfang der gegenwärtigen Erzeugung kaum ausreicht, um die laufende Nachfrage zu decken.

Im Hinblick auf die wirtschaftliche und politische Bedeutung des Stinnes-Lubersac-Vertrages geben wir im Nachstehenden eine Zusammenfassung der wesentlichen Einzelheiten im Wortlaut wieder:

Bei einer Zusammenkunft, die am 14. August 1922 auf der Heimreise von Stinnes nach Paris stattfand, haben Herr Hugo Stinnes, Marquis de Lubersac, Präsident der Vereinigung der Wiederschließungsgenossenschaften der zerstörten Gebiete, und Herr Hugo Stinnes, Marquis de Lubersac, Präsident der Vereinigung der Wiederschließungsgenossenschaften der zerstörten Gebiete, die folgenden Bestimmungen vereinbart:

- 1. Herr Hugo Stinnes erklärt, daß er sich bereit erklärt, die Ausführung der Lieferungen der „Alten-Gesellschaft für Hoch- und Tiefbau“ in Essen, gemäß der Abmachung vom 22. Oktober und 2. Dezember 1921, zu übernehmen. Herr Hugo Stinnes hat die „Hoch- und Tiefbau“ für die Reparationsarbeiten in Nordfrankreich übernommen. Die „Alten-Gesellschaft“ wird die Ausführung der Reparationsarbeiten in Nordfrankreich übernehmen. Die „Alten-Gesellschaft“ wird die Ausführung der Reparationsarbeiten in Nordfrankreich übernehmen. Die „Alten-Gesellschaft“ wird die Ausführung der Reparationsarbeiten in Nordfrankreich übernehmen.

Die Ausführung der Reparationsarbeiten in Nordfrankreich wird durch den Vertrag ermöglicht. Die „Alten-Gesellschaft“ wird die Ausführung der Reparationsarbeiten in Nordfrankreich übernehmen. Die „Alten-Gesellschaft“ wird die Ausführung der Reparationsarbeiten in Nordfrankreich übernehmen.

In Anbetracht des außerordentlichen Umfangs der Reparationsarbeiten, die sich die „Hoch- und Tiefbau“ das Recht vor, sich unter ihrer Verantwortung mit anderen deutschen Firmen zusammenzusetzen, die für das Wiederaufbauvermögen besonders geeignet sind. Herr Stinnes erklärt, daß er sich bereit erklärt, die Ausführung der Lieferungen der „Alten-Gesellschaft für Hoch- und Tiefbau“ in Essen, gemäß der Abmachung vom 22. Oktober und 2. Dezember 1921, zu übernehmen. Herr Hugo Stinnes hat die „Hoch- und Tiefbau“ für die Reparationsarbeiten in Nordfrankreich übernommen. Die „Alten-Gesellschaft“ wird die Ausführung der Reparationsarbeiten in Nordfrankreich übernehmen.

Herr de Lubersac erklärt, daß Voraussetzung für die wirksame Durchführung der Lieferungen ist, daß der Preis der deutschen Materialien, die den französischen Lagern der zerstörten Gebiete zugeführt werden, auf keinen Fall den Preis der entsprechenden von dem französischen Markt gelieferten Materialien übersteigen darf, da die Kriegsentwöhnung der französischen Gewerkschaften demgemäß festgesetzt worden sei.

Wenn die Verträge zu festen Preisen geschlossen werden sind, sind beide Parteien zur Abwicklung verpflichtet. Wenn Verträge zu gleitenden Preisen abgeschlossen sind, so hat die Konföderation das Recht, die Annahme der Materialien zu verweigern, wenn der Preis der deutschen Materialien den Preis der französischen Materialien übersteigt.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns und die Gelben.

Auf dem elften Kongreß der freien Gewerkschaften in Leipzig äußerte sich der Reichsarbeitsminister über die Gelben folgendermaßen:

Die schwierigsten Probleme tauchen auf zwischen Gewerkschaft und Arbeitnehmer. Vorübergehend schien die gelbe Bewegung übermunden und der rein gewerkschaftliche Gedanke das Feld zu beherrschen. Heute taucht die gelbe Idee, wenn auch in anderer Begründung und in anderer Form, erneut auf. Heute wird die gelbe Bewegung zu politischen Zwecken und mit politischen Mitteln gefördert. Gleichgeblieben ist sich die Bewegung in der Vereinigung des eigentlichen Gewerkschaftsgedankens. Wie die alte gelbe Bewegung übermunden wurde vor allem durch den gesunden Sinn und das Standesbewußtsein der Arbeitnehmer, so muß auch die neue gelbe Bewegung übermunden werden. Das wird um so leichter sein, je besser die Gewerkschaften verstehen, auch den Interessen der Gesamtheit Rechnung zu tragen und sich in der Wahrnehmung der Interessen der eigenen Klassengenossen das nötige Maß anzuerkennen.

Wenn die Verträge zu festen Preisen abgeschlossen werden, legt die Konföderation Wert darauf, daß dieselben auf französische Papierfranken lauten.

Stinnes und dem französischen Hindernis. Es herrscht Einverständnis, daß dieses Kommen nur unter der Voraussetzung gilt, daß die deutschen Reparationsleistungen unter dem Titel „Lieferungen“ nach dem französischen Mindestzoll verzollt werden.

Die Deut der vorliegenden Abmachung entspricht derjenigen der Abkommen von Wiesbaden und Berlin, doch müssen die Bedingungen, welche gemäß dieser Abkommen geschlossen sind, auf jeden Fall den Bedingungen der genannten Abkommen entsprechend angepaßt werden.

Sollten Schwierigkeiten bei der Ausführung einer der Bestimmungen der Abmachung entstehen, oder sollte höhere Gewalt die Ausführung hindern, so werden Herr de Lubersac und Herr Stinnes mit größter Beachtung zusammenkommen, um sich über die zu ergreifenden Maßnahmen zu verständigen.

Herr Stinnes und Herr de Lubersac verpflichten sich, diese Vereinbarung mit ihren gegnerlichen Regierungen ihren Regierungen mitzuteilen.

Diese Vereinbarung ist die am 14. August 1922 auf der Heimreise von Stinnes nach Paris getroffene Vereinbarung der Wiederschließungsgenossenschaften der zerstörten Gebiete und der „Alten-Gesellschaft für Hoch- und Tiefbau“ in Essen.

Die Vereinbarung ist die am 14. August 1922 auf der Heimreise von Stinnes nach Paris getroffene Vereinbarung der Wiederschließungsgenossenschaften der zerstörten Gebiete und der „Alten-Gesellschaft für Hoch- und Tiefbau“ in Essen.

Die Vereinbarung ist die am 14. August 1922 auf der Heimreise von Stinnes nach Paris getroffene Vereinbarung der Wiederschließungsgenossenschaften der zerstörten Gebiete und der „Alten-Gesellschaft für Hoch- und Tiefbau“ in Essen.

Die Vereinbarung ist die am 14. August 1922 auf der Heimreise von Stinnes nach Paris getroffene Vereinbarung der Wiederschließungsgenossenschaften der zerstörten Gebiete und der „Alten-Gesellschaft für Hoch- und Tiefbau“ in Essen.

Sinn des Vertrages zu haben, wird von der kommunistischen Presse behauptet, daß der Vertrag den Stinnesvertrag nur seinen Namen geändert hat und auf keine Durchsetzung garantiert habe. Diese plumpen Behauptungen und lächerlichen Verdrehungen sind nur überboten durch die unermüdliche Wiederholung, mit der sie wiederholt werden, und die dem kommunistischen Arbeiter, der nur seine Parteipresse liest, diese Dinge als Unabwägung einzuzeichnen soll. Fortgesetzt wird den Stinnes nach, weshalb die kommunistische Presse zu jeder klumpigen Dummheit, so einschneidend die Annahme der Wiederschließungsgenossenschaften der zerstörten Gebiete der kommunistischen Partei nicht hindern kann. Herr Stinnes hat ein strenges Verbot der Moskauer Gebiete erlassen, unter allen Umständen die tätige Mithilfe Deutschlands beim Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zu verhindern. Es steht im Widerspruch zu den politischen Plänen der Sowjetregierung, wenn sich eine Annäherung Deutschlands an Frankreich vollzieht, wenn eine weiche Politik der Verständigung an Stelle der Politik der Gewalt tritt. Deshalb muß die kommunistische Presse die Wahrheit in ihr Gegenteil verkehren. Wenn es den deutschen Gewerkschaften nicht gelungen ist, den Wiederaufbau nach den Grundsätzen der Gemeinnützigkeit durchzuführen, den nach Gewinn strebenden Kapitalismus auszuweichen, so trägt daran die größte Schuld die heftigste Tätigkeit der kommunistischen Partei, die die Einheit der französischen Gewerkschaften zerstört und sie dadurch zur wirtschaftlichen und politischen Ohnmacht verdammt.

Kommunistische Richtlinien zur Ceuerungskampagne.

Die SPD-Zentrale (Sektion der kommunistischen Internationale) ist unermüdlich in der Erfindung neuer Parolen und in der Verhüllung der Arbeiterklasse. Nachdem ihr die große politische Ceuerungskampagne anläßlich des Reichstagswahlkampfes nicht den erhofften Erfolg gebracht hat, verfährt sie mit Hilfe der Ceuerungskampagne die Arbeiterklasse aufzurufen. Hungertravalle, Plünderungen und Requisitionen, wilde Streiks, Selbstmorde des Proletariats und politische Demonstrationen sollen ihr den Hagen in die Hände jagen. Und um diese ihr willkommene und heißersehnten Begleiterscheinungen der Ceuerungskampagne zu beschleunigen, instruiert sie in einem Geheimzirkular ihre Organisationen und Trabanten, wie es gemacht werden muß.

Zunächst lehnt sie die Aufmerksamkeit ihrer Betreuer auf die wilden Streiks, die sie als die natürliche Gegenwehr der Arbeiter gegen das drohende Verfallen ins nackte Elend und gegen die Passivität ihrer Organisationsleitungen bezeichnet. Natürlich meint sie nicht die kommunistischen Organisationsleitungen, obwohl diese den Arbeitern noch nicht einen einzigen Pfennig Lohnangehörig für die Ceuerung verschafft haben, sondern die Gewerkschaftsleitungen, die aus den Lohnverhandlungen und Meneschafflichen Überhaupt nicht mehr herauskommen. Synchron erklärt die kommunistische Instruktion: Keinerlei Lamento über Disziplinlosigkeit und die Unberücksichtigung des Tarifvertrages wird die Arbeiterklasse überzeugen können, daß es ihre Pflicht ist, aus Mitleid auf die Disziplin und den Tarifvertrag langsam zu verzichten.

Nach diesem Aufruf kommunistischer Ceuerungskampagne mußte das Rundschreiben seinen Strategen klar, daß den Kommunisten mit zusammenhängenden wilden Streiks wenig gebietet sei, sondern daß es darauf ankomme, gegenüber den Sonderinteressen einzelner Schichten stets das Gesamtinteresse der Arbeiterklasse zur Geltung zu bringen. Mit dieser Parole soll bewirkt werden, durch die Zusammenfassung der Lohnbewegungen den Charakter der gewerkschaftlichen Kämpfe zu verändern. Der Kampf soll seinen gewerkschaftlichen Charakter abstreifen und einen politischen Inhalt erhalten, sich politische Ziele setzen. Die SPD-Zentrale sagt darüber, daß die Genossen diese Parole vielfach nicht verstanden und infolgedessen die gewerkschaftlichen Kämpfe nicht ihren Charakter verändert hätten. Als Beispiel wird auf den süddeutschen Metallarbeiterkampf hingewiesen, an dem durch das Eingreifen von 40.000 fränkischer Metallarbeitern nichts geändert worden wäre. Der Vorstand des Metallarbeiterverbandes wäre daher im Recht gewesen, die kommunistischen Forderungen auf Einbeziehung des fränkischen Gebietes abzulehnen. Etwas anderes war es, wenn lebenswichtige Gruppen am Streik teilnahmen. Deshalb habe man den Solidaritätsstreik für ganz Deutschland gefordert in der bewußten Absicht, damit den gewerkschaftlichen Charakter des Streiks zu ändern und ihn zu einem politischen Kampf zu machen, der seine Spitze nicht mehr gegen die einzelnen Unternehmer, sondern gegen die ganze kapitalistische Staatsgewalt.

Für die Offensivität, mit der die SPD-Zentrale hier ihre Ceuerungskampagne bis in die letzten Winkel erfaßt, kann man ihr beinahe dankbar sein. Es geht daraus hervor, daß die Kommunisten lediglich um ihrer politischen Zwecke willen die Ceuerungskampagne mißbrauchen wollen und daß es ihnen gar nicht um die Lohnforderungen verelendeter Arbeitermassen, auch nicht um die Sicherung von Arbeitsverlängerungen zu tun ist, sondern einzig um die Sicherung des Kampfes gegen die Staatsgewalt, — der Partei um jeden Preis ist ihr Ziel. Deshalb bezeichnet die Instruktion als noch gefährlicher das Vorgehen mancher Genossen, Einzelbewegungen zu unterbinden zugunsten der Zusammenfassung von Lohnkämpfen. Das läßt der Ceuerungskampagne sehr gelegen, die nicht daran denkt, die zusammengeführten Kräfte der Ceuerungskampagne einzusetzen, um auf politischen Wege der Verelendung der Arbeiter entgegenzutreten. Viel eher werde sie dazu zu bewegen sein, wenn überall im Reich die Massen selbst sich in Bewegung setzen und ohne Rücksicht auf bestehende Tarifverträge sich das zum Aben Abenteuerliche erlauben. Aufgabe der Kommunisten sei es, den Arbeitern klar zu machen, daß ihre ganzen Anstrengungen vergeblich seien, wenn sie die Ceuerungskampagne nicht zwingen, die Macht der Ceuerungskampagne auch politisch einzusetzen.

Wie die SPD-Zentrale sich die Ceuerungskampagne dieses gewerkschaftlichen Kampfes gegen die Ceuerung denkt, das legt sie ihren Genossen in langen Belehrungen über die 10 Punkte und den Beschluß des Ceuerungskampagnes in diesen Belehrungen auseinander. In diesen Belehrungen heißt ausdrücklich der Hinweis, daß der Kongreß die „Ausführung aller gewerkschaftlichen Kampfmittel“ an den Vorbehalt knüpft, daß kein anderes Mittel übrig bleibe, um die Verelendung der Arbeiterklasse abzuwenden. Es heißt ausdrücklich auch der Hinweis darauf, daß geprüft werden müsse, ob das anzuwendende Mittel imstande sei, dieser Verelendung zu steuern. Um solche Verantwortlichkeiten zu übertragen macht sich die SPD-Zentrale keine Mühe. Sie verlangt einfach die politische Einsetzung der Ceuerungskampagne, d. h. den politischen Massenstreik, was sie damit der proletarischen Weltrevolution, die ihre Moskauer Auftraggeber erwarten, näher zu kommen hofft. Ob dadurch die bewachte Macht noch mehr mit und so wertlos wird wie ein Schwereisen, ob Deutschland dann überhaupt noch Lebensmittel empfangen kann, ob der Hunger dann so tief greift wie, daß selbst die internationale Wohltätigkeit unter Zoll nicht mehr retten kann, was kümmert dies die Propheten des Chaos und der Verelendung. Sie instruiert ihre Mitarbeiter: es sei notwendig, eine großartige Ceuerungskampagne zu eröffnen, die mit der Propaganda an der Spitze und am Schluß, auf den Wahlen, in den Städten und Dörfern durch die in Fabriks- und Ceuerungskampagnen zusammengeführten Ceuerungskampagne und zu den Wahlen ihrer Ceuerungskampagne Stellung zu nehmen, und die unter kommunistischem Einfluß stehenden Ortsausstellungen für die besondere Pflicht, gemeinsam mit dem kommunistischen Parteivorstand und anderen eine gemeinsame Ceuerungskampagne zu eröffnen. Als besonders wichtig bezeichnet es die kommunistische Instruktion, wenn ein Ceuerungskampagnestart wie das Halleische oder das Remscheider oder wie sonstiger Ceuerungskampagnestart einen programmatischen Aufruf im Sinne des Ceuerungskampagnes an die deutsche Arbeiterklasse enthalten würde. Die Ceuerungskampagnestart von Remscheid und Halle setzen sich diesem SPD-Befehl bereits entgegen und entsprechende Beiträge veröffentlicht. Das sei sich damit im Gegensatz zu der vom Landesvorstand eingeleiteten Ceuerungskampagne stellen und ihre gewerkschaftlichen Kräfte

ausgedrückt werden, wird ihnen an anderer Stelle verbleiben.

Das Ziel dieser Kampagne wird ganz offen die Stärkung der kommunistischen Partei bezeichnen. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen den Massen die Vorteile der proletarischen Kampfrichtung und der Arbeiterregierung zusammengerechnet werden. Die proletarische Kampfrichtung ist kommunistisch lebendig, um die nichtkommunistischen Massen vor ihren Parteivorgängen zu warnen. Wie ernst es ihnen mit einer Arbeiterregierung ist, beweist ihr Verhalten in Sachen, wo sie die Auflösung des Landtags und damit folgerichtig den Sturz der reinen Arbeiterregierung durch die Unterstützung der Reaktionäre erzwungen haben. Eine Arbeiterregierung darf nur kommunistische Gesetze erlassen. Je mehr man ihnen Einseitigkeiten (Klauden Scheit) desto unerschütterlicher wird ihre Kampfrichtung und ihr Terror.

Das Verlangen, daß die 10 Forderungen des ADGB durchgesetzt werden müssen, hält die ADGB-Zentrale nicht davon ab, ihre Streitkräfte noch überdies mit zwei weiteren Listen von Forderungen auszurufen, von denen die eine in neun Punkten den Massen für ihre direkte Aktion die nötigen Anweisungen gibt, während die zweite von 5 Punkten in den Parlamenten geltend gemacht werden soll. Im Jahr und Tag werden wir die Kommunisten daran erinnern, ob sie mit ihren 14 Punkten mehr Erfolg gehabt haben als die Gewerkschaften mit den zehn Punkten.

Es gibt Leute, denen die breite, maßlose Sprache der Kommunisten ungenauer imponiert und die sie barock nicht bloß bewundern, sondern ihnen auch nachschauen, das sind dann die angeblichen „Massen“, mit denen die ADGB-Zentrale halb prunkt, halb droht und halb die Welt umfärben will. Unerschütterlich bleibt bei alledem nur, weshalb sie sich denn immer wieder hinter den ADGB zu flüchten sucht, als ob von diesem allein alles Wohl und Wehe des Weltgeschehens abhängt. Wie sehr im kommunistischen Lager zwischen Aufwand und Erfolg ein unüberbrückbarer Gegenstand liegt, das beweist uns das Eingeständnis der Groß-Berliner kommunistischen Arbeiter-Zeitung (Nr. 6), in dem der ganzen kommunistischen Zenerungskampagne ein trostloses Prognose vorausgesetzt wird. Es heißt in diesem ADGB-Organ:

„Die Vorgänge in Hamburg haben klar und deutlich gezeigt, daß zwar bei einem entsprechenden Entschließen der Arbeiterklasse die Erfolgsmöglichkeit für 24 Stunden gesichert werden kann, weil die Bourgeoisie in feiger Angst alle möglichen Beruhigungen macht, daß aber ganz unumgänglich darüber hinaus auf jedem Wege weitere Erfolge zu erzielen sind. Selbst wenn man, wie es den Illusionisten innerhalb der Betriebsrätebewegung vorschwebt, das Eingreifen der Arbeiterklasse gegen die Verbilligung der Lebenshaltung organisierte und einheitlich über das ganze Reich durchzuführen will, so wird auch dieses Vorhaben ohne weiteres an den ökonomischen Grundgesetzen der kapitalistischen Produktionsweise scheitern.“

Mit dieser ADGB-Kritik ist eigentlich der ganze Kampagne-Akt der ADGB bereits vernichtet. Sein einziger Erfolg wird sein, wenn es ihm gelingt, die Gewerkschaften hineinzuführen und hier eine reinliche Scheidung zu erzwingen. Denn es ist auf die Dauer unerschütterlich für die Gewerkschaften, ihre Reihen und ihre Aktionen ständig zum Zusammenbruch solcher kommunistischer Sonderbestrebungen gemacht zu sehen.

biesen Punkte, schon heute die großen Schwächen des Taylorismus nach dieser Seite hin, die sich vor allem sichtbar im Anwachsen der Zahl der Arbeitslosen und der sonstigen Plebejischen in einer erschreckenden Weise bemerkbar machen. „In stoff gespannt gerippt der Dogen!“ Dieses Sprichwort sollte man besonders da beherzigen, wo es gilt, aus der Menschheit das Bestmögliche herauszuholen. Denn der Mensch ist doch keine Maschine und kann auch niemals auf einer solchen Arbeit; aber der amerikanische Taylorismus ist seiner rein praktischen Anwendung aus dem Grunde ist doch schließlich nichts anderes als ein beim menschlichen Streben nach Befreiung entgegenstehendes Hindernis. Er ist dazu bereit, dem wertvollsten Menschen für einer Maschine herabzudenken. Die Schuldvermutung des Taylorismus ist ein Feind der Seele und der irdischen menschlichen Regungen.

Wir hier im modernen Deutschland und vielleicht auch jene in den angrenzenden Ländern haben nun nach etwas anderem als nach dem Taylorismus, höchst unwirtschaftlicher Ziele, den Arbeiter zu einer Maschine herabzudenken. Es geht, wenn nicht alle Angelegenheiten, ein großes und echtes Sehnen nach Berufsbeziehung und durch die Stehen des schaffenden, wertvollen Volkes; der Arbeiter will zu seiner Arbeit in ein mehr wertvolles und wertvolleres Verhältnis treten; er sucht aus der Dummheit und der Enge seiner Arbeitsstätte und der Welt hinaus in höhere und reinere Regionen... Und gerade der Taylorismus mit seiner strengen Methodisierung der Lebensarbeit des einzelnen ist diesem Streben, das heutzutage nicht mehr zurückgeblieben werden kann und immer größere Schichten der Bevölkerung ergreifen wird, viele Hindernisse in den Weg. Auch unter Anwendung der größten Kraft wird es in Deutschland wohl kaum möglich sein, daß diese Teile des Systems eingeführt werden. Und wenn es doch, trotz der schlechten Umstände, die heute dafür bestehen, dazu kommen sollte, so werden sich die schlimmsten Folgen allzu bald bemerkbar machen; denn wie in Deutschland verhalten sich über jenen ungeheuren großen Menschennachwuchs, wie er in Amerika besteht, und der allein es ist, der die Einführung fördert, daß das System sich dort nicht allein hält, sondern besonders in den Kreisen der Großindustrie immer mehr Anhänger gewinnt.

Alle Angelegenheiten denken darauf hin, daß wir auch in Deutschland in Bezug auf die Methodisierung der Arbeit vor großen Umwälzungen stehen, die uns Aufgaben über Aufgaben zu lösen geben werden. Aber wir müssen vor allen Dingen auch immer wieder daran denken, daß der Taylorismus in seiner ursprünglichen Form für die weitaus größte Zahl der deutschen Betriebe vorläufig nicht in Frage kommen kann, da die ganze Organisation, so wie sie von Taylor verlangt wird, für die deutschen Verhältnisse zu teuer, zu unumgänglich und auch zu empfindlich ist. Für Deutschland wird es sich wohl nur darum handeln können, einige Prinzipien des Taylorismus, die besonders zur Hochachtung herausfordern — ich meine hier die „wissenschaftliche Betriebsführung“, die „eiserne Organisation“ usw. — vorsichtig in Anwendung zu bringen. Langsam aber müssen wir auf der Bahn, die zu einer vollkommenen Methodisierung der Arbeit führt, vorwärtsschreiten; denn daß diese Methodisierung eine Hauptaufgabe der Zukunft ist, wird nicht von keinem Einsichtigen, der nur ein wenig Ahnung von der Materie hat, bezweifelt werden. Taylor hat sich das große Verdienst erworben, hier bahnbrechend und wegweisend vorgegangen zu sein; sein amerikanischer Kopf, der eben nur auf Vorteile (sah), hat sich mit diesen verwerflichen Ideen vollkommen dotiert. Nach deutschen Begriffen — sprechen wir das nur klar aus — darf eine Methodisierung der Arbeit nicht anders bedeuten, als eine Erleichterung der Arbeit des einzelnen, eine wesentliche Herabminderung in der Anwendung der menschlichen Kräfte, eine Herabsetzung von ausdauernder Bedeutung, eine Höchstmöglichkeit in Bezug auf Qualität und Güte der Ware! Nur in diesem Falle hat es Sinn, von einer Methodisierung der Arbeit zu reden. Andere große Allgemeinansätze muß darin bestehen, das Leben des einzelnen den Umständen anpaßend nach Möglichkeit zu erleichtern, indem wir das ganze Wirtschaftsleben umgestalten und uns die Taylorischen Prinzipien, wie sie uns etwa in einer logischen Methodisierung der Arbeit entgegenstellen, zu Nutzen machen. Erreichen wir das, so hat das Taylorismus auch für Deutschland seinen dauernden, alle Stürme überlebenden Wert bekommen, und die Arbeit der Zukunft wird von der Zeitgenossen ziemlich verschieden sein.

Es wird aber noch toller. Das Unternehmernorgan bewirkt am Schluß seines Artikels das Ergebnis dieses Verbandstages der Hirsch-Dauerischen Gewerkschaften mit folgenden Worten: „Die Führung des Unfalls in wenigen Jahren ist geradezu überwältigend. Der verständnislose oder auf gewisse Instinkte der Masse spekulierende Gebrauch des unglücklichen Wortes Demokratisierung nimmt eine bedenkliche Form an. Es ist aber immens wichtig, wenn die Hirsch-Dauerischen auf diese Weise dafür sorgen, daß jedermann klar gemacht wird, was im hiesigen Gewerkschaften Schrein verborgen liegt.“

Diese Behauptung der Hirsch-Dauerischen Gewerkschaften durch das Unternehmernorgan sind die Folgen der gewerkschaftlichen Zerstückelung. Sie trifft in woffen Maße auch die christlichen und die anderen Gewerkschaften. Die Verfallung des Unternehmernorgans ist auch leicht erklärlich. Denn die Unternehmernorgane sind allgegenwärtig die folgenden wirtschaftlichen Zerstückelung beurteilen. Man kann ihnen auch wirklich nicht gummieren, daß sie vor der Führung jener Gewerkschaftsrichtungen einen besonderen Respekt haben, die sich jenseit als treueste Schüler der Monarchie ausgeben, heute aber wofürsich Republikaner und Demokraten sein wollen, die wie das Beispiel der christlichen Gewerkschaften zeigt, noch einige Tage nach der Revolution im ihren Spalten in kommunistischen Worten Lüge zu Stoff und Fleisch gebildet. Aus diesen Gründen braucht man sich auch nicht zu wundern, daß die im moralischen Schwachsinn schwimmenden heutigen deutschen Unternehmernorgane sich mit den christlichen Gewerkschaften verbünden, weil sie genau wissen, daß diese bei einem einseitigen politischen Umsturz in den vollen Löhnen „heil dir im Siegertrug“ sitzen werden, obgleich sie heute noch: „Es lebe die demokratische Republik!“ schreien.

Solange nach Lebe der deutschen Arbeiterklasse diesen politischen und wirtschaftlichen Seiltänzern Gehörge leiste, werden die Unternehmern als laugende Dritte immer den meisten Profit von der gewerkschaftlichen Zerstückelung der deutschen Arbeiterklasse davontragen.

Zahlstellenleiter-Konferenz des Gaues 4.

Die Zahlstellenleiter-Konferenz des Gaues 4, die am 16. und 17. September 1922 in Stettin tagte, setzte sich mit folgenden Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenericht der Gaukommission. 2. Bericht vom Verbandstag. Referent: Kollege Kändler (Stettin). 3. Bericht vom Verbandstag innerhalb der Zahlstellen. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 4. Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Kreisverband. Referent: Kollege Derjow (Stettin). 5. Wahl der Gewerkschaftsmitglieder. 6. Wahl der Gewerkschaftsmitglieder für den Hauptverband. 7. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 8. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 9. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 10. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 11. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 12. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 13. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 14. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 15. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 16. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 17. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 18. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 19. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 20. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 21. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 22. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 23. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 24. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 25. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 26. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 27. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 28. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 29. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 30. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 31. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 32. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 33. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 34. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 35. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 36. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 37. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 38. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 39. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 40. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 41. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 42. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 43. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 44. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 45. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 46. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 47. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 48. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 49. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 50. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 51. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 52. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 53. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 54. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 55. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 56. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 57. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 58. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 59. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 60. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 61. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 62. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 63. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 64. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 65. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 66. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 67. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 68. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 69. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 70. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 71. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 72. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 73. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 74. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 75. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 76. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 77. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 78. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 79. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 80. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 81. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 82. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 83. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 84. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 85. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 86. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 87. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 88. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 89. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 90. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 91. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 92. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 93. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 94. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 95. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 96. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 97. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 98. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 99. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow). 100. Bericht über den Verbandstag. Referent: Kollege Köppler (Gammow).

Die deutschen Arbeitsmethoden und der Taylorismus.

Von Hugo Derjow (Hamburg).

(Nachdruck verboten.)

In der Verwendung neuer Arbeitsmethoden müssen wir uns immer eine gewisse Zurückhaltung anfertigen; denn wenn man die einzelnen Strömungen aus den verschiedenen politischen Lagern über die seit Kriegsende so sehr aktuelle Frage, inwiefern der amerikanische Taylorismus auch für Deutschland anwendbar sei, miteinander vergleicht, so muß man auch hier, wie in so vielen anderen Fällen, zu dem Resultate kommen, daß es nicht immer angängig ist, Systeme, die vielleicht in irgendeinem anderen Lande zu großem Nutzen gelangt sind, ohne weiteres auf die deutschen Verhältnisse zu übertragen. Der Taylorismus ist ein Kind der Zeit und, noch schärfer ausgedrückt, ein Kind der Not. Er will durch eine rationelle Betriebsführung, durch härteste Menschenausnutzung und nicht zuletzt durch eine eiserne Organisation den auch bei uns so sehr empfundenen Leistungsdruck des allgemeinen Wirtschaftslbens herbeiführen. Es kann sich schließlich nur darum handeln, zu erörtern, inwiefern die deutschen Verhältnisse dazu geeignet sind, diesem System, von dem man schon so viel Sprödeliches hörte, Eingang und Geltung zu verschaffen.

Daß der Gedanke des Taylorismus bereits auch bei uns hier in Deutschland, ohne irgendwelche und also in seiner ganzen Form eingeführt worden zu sein, große Fortschritte gemacht hat, ist nicht von der Hand zu weisen; ja, viele große industrielle Werke haben bereits aus diesem System einige nicht unbedeutende Nutzen gezogen. In diesen Fällen hat man den Versuch gemacht, wenigstens einige neue Schritte, die bei der Bekanntgabe sofort einen bestechenden Eindruck machen, in praktische Anwendung zu bringen. Aus diesen nun hat man sich wiederum wieder jenseit herausgeholt, die sich für Deutschland an solchen eignen und in die Praxis umgesetzt werden konnten, ohne diese in einem zu großen und zu empfindlichen Maße umgestalten zu brauchen.

Zu den Teilen des Systems, die sich für die deutschen Verhältnisse besonders eignen, gehören wohl in erster Linie die, die sich mit der rationalen Betriebsführung befassen. In Deutschland ist auch noch in der jüngsten Zeit in vielen großen Betrieben in einer Art gearbeitet worden, die im wahren Sinne nichts anderes als eine Arbeit- und Zeitverschwendung bedeutet. Man ist durch die Not immer noch nicht klar darüber geworden, daß es, bevor man eine Arbeit beginnt, die Hauptaufgabe ist, diese Arbeit so einzustellen und zu gestalten, daß sie mit der geringsten Kraft in einer möglichst kurzen Zeit befristet werden kann, ohne natürlich dabei ihre Qualität herabzusetzen. Soll einem nun dieses gelingen, so erfordert dies ein höchst sorgfältiges und genaues Bedenken. Gerade, da doch jede Minute dazu dienen sollte, uns in höherer und wirtschaftlicher Beziehung vorwärtszubringen, darf man nicht mehr, wie etwa in früheren Zeiten, planlos darauflos arbeiten, sondern wir müssen uns bewußt werden, daß die genaue und bestmögliche Einwirkung der vorhandenen Arbeit und die vollkommene methodische Einwirkung des Arbeitsplanes sich schon die halbe Leistung der Arbeit an und für sich bedeuten! Ohne Zweifel liegt demnach für die große Masse der arbeitenden Menschheit ein unermesslicher Segen in dem Taylorismus. Seine stuppelose Anwendung etwa im Sinne des heutigen amerikanischen Meisters — denn nie wird sich die Theorie mit der Praxis decken! — ist allerdings nicht angaraen, auch da noch nicht, wo es sich nur um die „Methodisierung der Arbeit“, um die „wissenschaftliche Betriebsführung“ handelt.

Vor allen Dingen werden auch wir in Deutschland uns mit der rationalen Ausnutzung unserer Maschinen und des Heizmaterials noch eingehender und praktischer befassen müssen, da dieser Teil des Taylorismus gerade derjenige ist, der auch bei uns in Deutschland in großem Maße der arbeitenden Menschheit weiter ausgedehnt und vervollkommen werden könnte. Durch die Einführung des Schichtwechsels und vielleicht auch der Nachtarbeit, mit der in den größeren Betrieben die besten Erfahrungen gesammelt werden sind, sind wir dem Gedanken der rationalen Ausnutzung unserer Maschinen- und Heizmaterials schon um einen guten Schritt nähergekommen; aber wenn wir einmal genauer hinschauen, so fehlt uns doch noch manches an der Vervollkommenung auf diesem für die Sozialwirtschaft so sehr wichtigen Gebiete, und wir können, wenn wir es nur wollen, die Betriebe zum Segen des arbeitenden Volkes noch viel einbringender gestalten. Allerdings sollten wir hier in Deutschland vor allem erst einmal der rationalen Ausnutzung der Maschinen und des Heizmaterials und schließlich auch des Handwerkszeuges allein unser Hauptaugenmerk schenken; wir sollten jedenfalls damit nicht die rationelle Ausnutzung der menschlichen Kräfte verbinden, wie es bereits in Amerika geschehen ist. Damit würden wir vorwiegend auf ein sehr wertvolles Gebiet gelangen, da wir hiermit die empfindlichsten und kritisch am meisten empfindlichen Stelle des sehr gewöhnlichen Taylorismus angelangt sind. Die Anwendung dieser letzteren Methode hat auch schon in Amerika viel böses Blut erregt, und man erkennt, trotz unangenehmer Schwere des

Ueberflüssige Gewerkschaftsrichtungen.

Bekanntlich haben den seit zunehmendermaßen Arbeiterbewegungen in Deutschland die in den verschiedensten Richtungen zerstückelten Gewerkschaften gegenüber. Neben der großen Gewerkschaftsrichtung, den im ADGB zusammengefaßten freien Gewerkschaften, die in allen gewerkschaftlichen Fragen Weg und Ziel angeben, sind da zunächst die christlichen Gewerkschaften. Diese sind von dem Wohne der Gewerkschaften, in Wirtschaftskreisen ihre eigenen Wege gehen zu müssen, abgesehen sie genommen sind, in allen Dingen hauer den freien Gewerkschaften heranzutreten. Ihrer Wirkungsart machen sie weiß, daß Fragen der Bekämpfung und der Bekämpfung ihre Geltendmachung bedürfen. In Wirklichkeit haben diese Fragen mit der Geltendmachung gültiger Lohn- und Arbeitsbedingungen aber auch nicht das geringste zu tun. Darüber kann es keinen Zweifel geben, daß der Arbeiter auf dem christlich organisierten Arbeiter und seine Familie in gleicher Weise einwirkt wie auf den Angehörigen der übrigen Gewerkschaftsrichtungen. In Wirklichkeit sind die christlichen Gewerkschaften nur geschaffen worden, um der Zentrumspartei einen Stützpunkt innerhalb der Arbeiterklasse zu schaffen.

Als nächste Richtung kommen die Hirsch-Dauerischen Gewerkschaften in Frage, die politisch der Demokratischen Partei angehören. Auch sie sind gewonnen, in allen Wirtschaftskreisen die gleichen Wege zu gehen, wie die freien Gewerkschaften. Daran geht hervor, daß besonders Gründe für ihre Existenzberechtigung nicht vorhanden sind.

In neuester Zeit haben dann auch noch die Unionisten und Synthalisten in Deutschland etwas an Bedeutung gewonnen. Diese Besten bilden sich ein, die Welt anzusehen und das Wirtschaftsleben hauptsächlich zu hüten, wenn sie durch radikale Worte den Kampf mit dem Unternehmern aufnehmen. Politische Bekanntheit und wirtschaftliche Unkenntnis sind es, die sie nicht zu der Einsicht kommen lassen, daß nur eine geschlossene Arbeiterklasse adäquate Erfolge erlangen kann.

Es kommen dann noch hinzu die Sehen, jene Gewerkschaften, die von Unkenntnis der Zerstückelung der Arbeiterklasse gegünstigt werden und von diesen ausgehen werden.

Selbst für einen Laien auf wirtschaftlichen Gebieten dürfte es klar sein, daß eine beratung zeitweise Gewerkschaftsrichtungen nur organisatorisch geschlossenen Unternehmern gegenüber im Kampf sein muß. Wenn also die Lebenslage der deutschen Arbeiterklasse nicht in der Weise verbessert werden kann, wie dieses im Interesse der Arbeiterklasse notwendig ist, so tragen in erster Linie diejenigen die Schuld daran, die aus politischen Gründen die Arbeiterklasse auch wirtschaftlich zerstückeln und auch nicht verabsäumen, religiöse Fragen mit Wirtschaftskreisen in einen Topf zu werfen.

Gelegentlich können es selbst die Unternehmern nach ihre eigene nicht unbedeutend, über diese gewerkschaftliche Zerstückelung der Arbeiterklasse ihren Kopf und Spott zu zeigen. Die „Mitteilungen des Deutschen Industriellenverbandes“ Nr. 48 bringen einen Bericht über den Verbandstag der Hirsch-Dauerischen Gewerkschaften. Es heißt da u. a.: „Bekanntlich die Gewerkschaften selber sind von einer gewissen Art Grobverstand besessen, dem man allerdings auch sonst häufig bei Vernehmungen begegnen, die durch Führung gültiger Urteile nach in ihren Verhältnissen emporgelungen werden und sich dann als gewaltige Kräfte erweisen.“

An einer anderen Stelle dieses Artikels heißt es: „Gedank forder also noch unbedeutend, mehr planmäßigen Klassenkampf. Ja, warum führt er denn sein Haupt nicht gleich den erlernten, inwieweit also unerschütterlichen Klassenkampf zu? Welche mit verschöneren, den Arbeiter nur zu deutlich zeigenden Bedenken sind als etwas anderes dringender zu wollen!“ Unter dem planmäßigen Klassenkampf versteht das Unternehmernorgan die in den freien Gewerkschaften vereinigen Arbeiter. Hier sprechen die Unternehmern also offen aus, daß auch die anderen Gewerkschaftsrichtungen, vor allem aber die Hirsch-Dauerischen, gewonnen sind, die Kampfschweige der freien Gewerkschaften annehmen. Der Gehn der Arbeiterbewegung über die gewerkschaftlichen Zerstückelungen wird aber noch deutlicher zum Ausdruck gebracht durch folgenden Satz in dem erwähnten Artikel: „Und, welcher Erklärung die Gewerkschaften etwa auch zu den Organisationen, ohne die die demokratische Republik nicht bestehen könnte.“

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung

Die Neufestlegung des Grundlohnes in den Krankenkassen.

Durch Gesetz vom 9. Juni 1922 ist der Reichstag in Berlin mit dem sozialen Ausschuss des Reichstages beauftragt, je nach Bedarf die Grundlöhne der Krankenkassen (§ 180 RVO.) festzusetzen. Auf Grund dieses Gesetzes ist am 12. September 1922 eine Verordnung über Grundlöhne bei den Krankenkassen erschienen, in der die Festlegung der Grundlöhne neu geregelt wird.

@@@ Aus der Industrie @@@

Chemische Industrie

Gewerbliche Gefahren in der chemischen Industrie.

IV.

Im Bericht der Gewerbeaufsichtsbeamten finden wir eine Zusammenstellung der Unfälle in der während der Kriegszeit entstandenen Pulverfabrik Bremnitz in den Jahren 1917 und 1918 bei einem Arbeiterstand von durchschnittlich 3000 Personen. Wir entnehmen dem Bericht folgendes:

	Zahl der Unfälle		
	leichte	schwere	tödliche
Verbrennungen durch Verspritzen von Säure	33	17	—
Ausbrechen von Zentrifugen	18	8	—
Entzündung von Schießbaumwolle und Pulver	6	4	12
Entzündung von Geschätzlabungen	—	—	2
zusammen	57	29	14

Das ist das Ergebnis zweier Jahre in einer Fabrik.

Neun Personen verunglückten tödlich im Wasserhaufe beim Wässern des Pulvers. Die Heizrohre am Boden eines Wässerungsbottiches waren vermutlich nicht ständig mit Wasser bedeckt, so daß das eingeseigte Pulver wohl längere Zeit mit den heißen Rohren, in denen eine Spannung von etwa 2 Atmosphären herrschte, in Berührung kam und sich entzündete. Es wurde dafür gesorgt, daß die Heizrohre ständig unter Wasser blieben.

Ein Arbeiter versuchte im Innern einer Poliertrommel angelegte Pulverkrusten zu entfernen, ohne vorher die Trommel den Betriebsvorschriften entleert und die Ansätze angefeuchtet zu haben. Bei dem gewaltsamen Abbrechen trat eine Entzündung ein, wodurch auch der Trommelinhalt in Brand geriet. Durch die Stichflamme wurden der Vorarbeiter und eine Arbeiterin getötet und ein anderer Arbeiter schwer verletzt. Auch durch Anzapfen eines mit noch handwarmem Pulver gefüllten Bordentragens trat eine explosionsartige Entzündung des Pulvers ein. Dadurch wurden die beiden den Wagen fahrenden Arbeiterinnen so schwer verbrannt, daß die eine schon bald ihren Verletzungen erlag. Der Wagen wurde darauf durch die Anbringung von Stützen gesichert, die beim Schrägstellen des Wagens den Erdboden berührten. Zwei weitere Arbeiter verunglückten tödlich bei der Bormahme von Schießversuchen. Der eine der Verunglückten versuchte die Patronenhülse, die etwas klemmte, mit Gewalt in das Lager vorzutreiben, obwohl ihm dies schon früher verboten worden war. Infolge dieser Unvorsichtigkeit erfolgte die vorzeitige Entzündung der Geschätzlabung.

Die Verbrennungen durch Säure sind meist beim Transport infolge Zerbrechens der Gefäße und beim Umfüllen der Säure vorgekommen. In sechs Fällen waren Unvorsichtigkeit der Arbeiter bei der Ausbesserung der Säureleitungen die Ursache, in drei Fällen Betriebsstörungen, insbesondere plötzlich auftretende Undichtigkeiten an der Apparatur. Die schweren Unfälle durch das Ausbrechen der Zentrifugen in der Schießwollabteilung sind teilweise darauf zurückzuführen, daß die Arbeiter trotz strenger Anweisung die Schutzbrillen nicht getragen haben. Infolge Rohrbruches der Hauptwasserleitung blieb ferner in der Nitrieranlage plötzlich das Wasser aus, so daß die frisch nitrierte Schießbaumwolle nicht abgekühlt werden konnte und im Sphon zur Entzündung kam. — Beim Auslassen einer Zentrifugentrommel entzündete sich angetrocknete Schießbaumwolle beim Aufschlagen mit dem Hammer.

In einem Lager explodierten 2000 Kilogramm Schwarzpulver. Ein Maurer sollte zur Verlegung einer Rohrleitung Löcher in die Wand des Lagers stemmen. Er hatte mit dieser Arbeit angefangen, dann aber erlärnt, daß ihm die Arbeit zu gefährlich sei und den Raum verlassen. Kurze Zeit darauf erfolgte die Explosion mit furchtbarem Knall. Der Lagerverwalter und die im Raum befindlichen Arbeiter wurden getötet. Die Ursache der Explosion konnte nicht ermittelt werden. Es wird angenommen, daß der Lagerverwalter die Pulverfässer von der Arbeitsstelle des Maurers entfernen ließ. Durch Reibung von Pulverstaub auf dem Betonboden ist es dann zur Explosion gekommen.

In der Pulverfabrik Spandau erfolgten Explosionen in einem Preßwerk und in einem Siebformwerk und brachten vier Personen den Tod und vier anderen Verletzungen. Die Ursachen waren nicht zu ermitteln. Preße und Siebformwerk waren jedenfalls in Stufe, als die Unfälle eintraten.

In Sprengkapsel- und Bänderbetrieben ereigneten sich 25 Explosionen, wobei 56 Personen den Tod fanden und 72 verletzt wurden. Jejn von diesen Explosionen entfielen auf die Fabrikation und Verarbeitung von Knallquecksilber. In einem Falle erfolgte die Zuführung von Dampf zur Erwärmung und gutem Durchmischen der Flüssigkeit durch ein Mikrorohr, das bis auf den Boden der Korbhülse reichte. Durch den dauernden Gebrauch war das Mikrorohr abgegriffen, so daß die Durchmischung nicht mehr vollständig erreicht wurde. Der festgesetzte Schlamm wird jedenfalls durch den Arbeiter mit einem Holzstöß beiseite gewirkt, wodurch die Explosion hervorgerufen wurde. Beim Pressen des nassen Knallquecksilbers kam es in einem Betriebe zweimal zu einer Explosion. Beim Rörnen, Mischen und Sieben erfolgten Explosionen, deren Entstehung meist nicht aufgeklärt ist. Der Bericht hebt immer wieder hervor, daß wahrscheinlich die Arbeiter die erlassenen Vorschriften nicht beachtet, ohne dafür stichhaltige Beweise anzuführen.

In einem Reibstreuwerk waren 22 Mädchen damit beschäftigt, Sprengkapseln auf richtige Dimensionen und einwandfreie Beschaffenheit zu prüfen. Kurz nach der Mittagspause trat eine Explosion ein, die alle in dem Raum anwesenden Arbeiter

innen tötete. Die Ursache konnte natürlich nicht festgestellt werden. Beim Umfüllen einer Kiste mit Ausschußgünderhütchen verunglückte ein Arbeiter; der diese Arbeit vertretungsweise ausführte. Entweder war er ungenügend belehrt oder leistete die Arbeit ohne genügende Aufsicht, wodurch die Explosion fahrlässig herbeigeführt wurde. In diesem Falle besagt der Bericht, daß die Schuld den kurz darauf tödlich verunglückten Betriebsleiter trifft. Beim Aufmontieren von Sprengkapseln auf elektrische Bänder erfolgte eine Explosion, der fünf Mädchen zum Opfer fielen und ein sechstes schwer verletzt wurde. Trotzdem für diesen Zweck massive Gebäude zur Verfügung standen, ließ der Unternehmer diese Arbeit in einem allgemeinen Arbeitsraum vornehmen, der von 50 Arbeiterinnen belegt war. Ob der Unternehmer zur Rechenschaft gezogen worden ist, geht aus dem Bericht nicht hervor.

In Nitroglycerin waren 13 Explosionen zu verzeichnen, wobei 14 Personen getötet und 18 verletzt wurden. 12 dieser Explosionen mit allen Todesfällen und Verletzungen entfielen auf die Sektion IV (Köln). Die Explosionen sind nach dem Bericht nicht vollständig geklärt. In den meisten Fällen wird vermutet, daß organische Körper in die nitrierte Flüssigkeit hineingefallen sind und die Zersetzung eingeleitet haben.

In der Denitrierung eines Betriebes ereigneten sich zwei Explosionen, die beide darauf zurückzuführen sind, daß die Säure zu schnell die Nachscheidung durchließ und zu früh in die Denitrierung gelangte. Im Frieden wurden für die Nachscheidung sechs Tage als notwendig angesehen, während bei der ersten Explosion die Säure die Nachscheidungsbottiche in 24, bei der zweiten in 48 Stunden durchströmte, was bei weitem nicht genügt, eine ausreichende Scheidung herbeizuführen. Das war also Kriegführung im eigenen Lande gegen die Arbeiter.

In Waschküchen erfolgten zwei Explosionen, wovon die erste auf Mißschlag zurückzuführen wird. Die Ursache der anderen ist nicht geklärt. Sie nahm großen Umfang an und es kamen 2300 Kilogramm Nitroglycerin zur Explosion. Festgestellt wurde, daß ein in einer Grube neben dem Waschküchen stehendes Monteu entgegen der berufsgenossenschaftlichen Vorschrift ausgewechselt werden sollte, trotzdem sich im Waschküchen eine größere Menge Sprengöl befand. Ein ursächlicher Zusammenhang zwischen der Reparaturarbeit und der Explosion konnte aber nicht festgestellt werden.

Bei der Verarbeitung und Umarbeitung von Nitroglycerin zu Munitionsfüllungen und Entleerung derartiger Munition haben sich drei Explosionen ereignet. In einem Falle wird berichtet, daß die zu entleerenden erbeneteten russischen Fliegerbomben, die mit Sprenggelatine gefüllt waren, nicht mit einer der Gefährlichkeit dieses Sprengstoffes entsprechenden Vorsicht mit einem Bohrschneider aufgeschnitten und der sich zusammenhängende Sprengstoff herausgezogen wurde. Die Explosion trat ein, als zwei Arbeiter sich an einer Bombe mit durchschnittenem Mantel abmühten, die eine Eisenhülse mit dem Sprengstoff, der sich an den Wänden haftete, abzuschießen. Ob in diesem Falle der Unternehmer, der diese Arbeit angeordnet hatte, zur Verantwortung gezogen ist, wird in dem Bericht wieder verschwiegen.

In Trinitrotoluol kamen 16 Explosionen zur Meldung, wobei 125 Personen getötet und 278 verletzt wurden. Trotzdem die Berufsgenossenschaft während der Kriegszeit Sondervorschriften für Trinitrotoluolbetriebe erlassen hat, konnten weitere Explosionen nicht vermieden werden. Die Unglücksfälle ereigneten sich meist, wenn die Umwandlung des Toluols in B- bzw. Trinitrotoluol fast oder vollständig vollendet war. Dabei trat eine heftige chemische Zersetzung auf, die sich durch stürmisches Entweichen von roten Dämpfen kennzeichnete. Seltensfalls sind die Ursachen dieser Zersetzung auf ungenügende Reinheit des Ausgangsmaterials, namentlich des Toluols, zurückzuführen. Als Ergebnis der Beratung einer Sachverständigenkommission ist zu erwähnen, daß Gußeisen als Material für die Nitrierkessel nicht unbedenklich ist. Die Nitrierung soll bei einer möglichst niedrigen Temperatur erfolgen, die keinesfalls 110 Grad Celsius übersteigen darf. Die Umwandlung von B- zu Trinitrotoluol muß durch einen zuverlässigen Sachverständigen überwacht werden. Diese Beratungsergebnisse wurden in einem Merkblatt als verbindliche Bestimmungen aufgenommen. Weitere Explosionen sind, wie schon oben gesagt, dadurch nicht verhindert worden. Die Zentralfelle für wissenschaftliche und technische Untersuchungen in Neubabelsberg hat aus den Explosionen den Schluß gezogen, daß es höchst gefährlich ist, heißes flüssiges Trinitrotoluol in irgendeinem Stadium der Fabrikation längere Zeit sich selbst zu überlassen. Ob diesbezügliche Vorschriften erlassen sind, ist aus dem Bericht nicht zu ersehen.

Ein trauriger Fall leichtfertiger Herbeiführung einer Explosion ist folgender:

In dem Erstarungsraum für Trinitrotoluol hatte sich infolge der herrschenden Kälte von 15 Grad ein Hahn zugefegt. Als die Arbeiter den Hahn nicht öffnen konnten, schlug der herangezogene Meister mit einem Holzhammer auf einen in das Ausflusrohr gesteckten Messingdraht. Die im Raum befindlichen Arbeiter warnten den Meister, da das Schlagen auf Nitrokörper mit Metallgeräten von der Betriebsleitung ausdrücklich verboten war. Es wurde zwar Feuererlöschung festgestellt wurde, zeigte sich plötzlich ein Hahn eine Feuererscheinung in Form einer Stichflamme, die der Meister mit Tretern zu löschen versuchte. Dies gelang jedoch nicht, vielmehr detonierte das Rohr mit dumpfem Knall, wodurch der Meister getötet wurde. 25 im Raum befindliche Arbeiter warteten passiv; sie alarmierten die Feuerwehrr und die in der Umgebung befindlichen 300 Arbeitsgenossen, so daß sich alle in Sicherheit bringen konnten. Nach sieben Minuten erfolgte die Hauptexplosion. Insgesamt kamen 60 000 Kilogramm Trinitrotoluol zur Detonation. Die Ursache dieser Explosion, die großen Menschen- und Sachschaden anrichtete, kann nur auf das Verhalten des Meisters zurückgeführt werden. Im übrigen bringt der Bericht über Trinitrotoluol keine Einzelheiten, die eine Wiedergabe notwendig erscheinen lassen.

Durch glotzfreie Sprengstoffmischungen erfolgten 12 Explosionen, wobei 190 Personen getötet und 322 verletzt wurden. An den Mißgeschick der Geschätzlabung sind 5 Explosionen zu verzeichnen, die durch Zersetzung des Produkts und in Fremdkörpern ihre Ursache haben dürften. In

einer mit Azetat Sprengstoff beschickten Anlage brach ein Brand aus, der durch sofortige Inbetriebsetzung der Ueberflutungsanlage in drei Minuten gelöscht wurde, ohne größeren Schaden anzurichten. Viel schwerere Folgen hatte das zweite Explosionsereignis in dem ganzen Granatenfüllerei in Erläumer legte, wobei 76 Personen ums Leben kamen. Die Betriebsleitung führte dieses Ereignis auf Sabotage der Arbeiter zurück, ohne den Beweis dafür erbringen zu können. Die Aufsichtsbeamten bezweifeln, daß Sabotage vorliegt, weil sie durch den vorhergehenden Brand flugig geworden sind und der Grund der Explosion auch in der Fabrikation gefunden werden kann.

Bei einer Explosion, die 91 Menschenleben vernichtete, kann angenommen werden, daß bei Reinigung der Kessel in Hochräumen Sprengstoffreste zurückgeblieben sind, die die Explosion verursachten. In den Entleerungsanlagen sind, wo unbrauchbar gewordene und erbeutete Munition entleert und umgearbeitet wurde, entstanden wiederholt Explosionen, die umfangreichen Schaden an Menschenleben und Material hervorriefen. In einem Falle explodierten insgesamt 300 000 Kilogramm Sprengstoff.

Gründung einer deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene.

Am 21. September 1922 wurde im Hofsaal der Universität Leipzig die „Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene“ gegründet. In einem kleinen Kreise von Vertretern der Regierung und der in Frage kommenden Behörden, medizinischen Wissenschaftlern, Arbeitgeber und Arbeitnehmer wurde in einer Vorbesprechung am 24. Juli in Frankfurt a. Main der Grundstein zu dieser Gesellschaft gelegt und die Richtlinien ausgearbeitet. Nach diesen Richtlinien bezweckt die Gesellschaft für Gewerbehygiene eine Vertiefung der Erkenntnisse auf dem Gebiete der Gewerbehygiene und Berufskrankheiten und will für die Verbreitung dieser Erkenntnisse und ihre praktische Verwertung wirken. Zur Durchführung der Ziele der Gesellschaft soll jährlich eine Mitglieder-Jahresversammlung abgehalten werden. Die Gesellschaft unterstützt wissenschaftliche Arbeiten auf dem Gebiete der Gewerbehygiene und Berufskrankheiten, veranstaltet Vorträge über Gewerbehygiene und Berufskrankheiten, unterstützt die gewerbehygienische Fachpresse und wird alle sonstigen Bestrebungen nach Möglichkeit fördern, die der Verwirklichung ihrer Ziele dienen.

Ordentliches Mitglied der Gesellschaft kann jeder deutsche Staatsangehörige werden, der Interesse an den Zielen der Gesellschaft hat; ferner können Behörden, juristische Personen, Körperschaften des öffentlichen Rechtes, Handelsgesellschaften, Organisationen und Vereinigungen die Mitgliedschaft erwerben.

Außerordentliches Mitglied können Ausländer oder ausländische Korporationen, Behörden und Vereinigungen werden.

Neben einem mäßigen Eintrittsgeld ist der Jahresbeitrag für Einzelpersonlichkeiten auf 50 Mk. für Organisationen, juristische Persönlichkeiten und bergleichen auf mindestens 1000 Mk. vorläufig festgesetzt worden.

Die Geschäfte der Gesellschaft werden geleitet von einem Arbeitsausschuß, der aus Vertretern der Reichsbehörden, der Verbände der Berufsgenossenschaften und Krankenkassen, Vertretern der Wissenschaft, der deutschen Arbeitgeber und der deutschen Arbeitnehmer zusammengesetzt wird und 20 Personen umfassen soll. Diesem Arbeitsausschuß steht ein engerer Vorstand vor, der in der gleichen Zusammensetzung aus sechs Personen bestehen soll.

Das in Frankfurt a. Main bestehende Institut für Gewerbehygiene soll der Gesellschaft angeschlossen oder einberleibt werden und die Geschäftsstelle bilden. Dadurch wird es möglich, die reiche Sammlung an Ausstellungsgegenständen und Literatur dieses Instituts der neuen Gesellschaft dienbar zu machen.

Der erste Anstoß zur Gründung dieser Gesellschaft geht von der chemischen Industrie aus. Der Fabrikarbeiterverband war von vornherein zu den Besprechungen mit herangezogen und hat bei Aufstellung der Richtlinien und des Arbeitsplanes mitgewirkt. Er wird auch im Arbeitsausschuß und Vorstand der Gesellschaft vertreten sein. Da die Fragen der Berufskrankheiten und Gewerbehygiene gerade für den Fabrikarbeiterverband von hervorragender Bedeutung sind und in der Gesellschaft für Gewerbehygiene die Möglichkeit gegeben ist, auf diesem Gebiete erfolgreich arbeiten zu können, begrüßen wir die Gründung und erwarten durch sie eine Befruchtung und Fortentwicklung der Gewerbehygiene und eine Aufklärung der Berufskrankheiten.

Das Institut für Gewerbehygiene gibt das Zentralblatt für Gewerbehygiene und Unfallverhütung heraus, wovon bisher neun abgeschlossene Jahrgänge vorliegen. Dieses Blatt enthält wichtiges Führungsmaterial über Gewerbehygiene und Berufskrankheiten und war ein guter Zeitgeber für die Erkennung von Berufskrankheiten und ihrer Verhütung. Ebenfalls enthält dies Blatt wichtige Anleitungen über Verhütung von Unfällen und bergleichen. Leider war der Leserkreis des Zentralblattes für Gewerbehygiene und Unfallverhütung beschränkt. Die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene wird für die Verbreitung dieser Zeitschrift sorgen und die dafür notwendigen Mittel zur Verfügung stellen müssen.

Wir begrüßen die Gründung dieser Gesellschaft vor allem im Interesse der durch uns vertretenen Arbeiter in der chemischen Industrie. Wir erwarten durch ihr Wirken eine Förderung der Interessen unserer Mitglieder, soweit sie unter Berufskrankheiten zu leiden haben, und wünschen der Gesellschaft eine gute Entwicklung und Erreichung der gesteckten Ziele.

Schwerer Unglücksfall in der Amalfabrik Wolfen.

In der Amalfabrik Wolfen waren am 11. September zwei Arbeiter mit der Reinigung eines Monteurs beschäftigt. Nach etwa dreiviertelstündiger Arbeit wurde verfahren die Arbeiter den Monteur unbeschädigt und machten Pause. Nach Beendigung der Pause gingen sie wieder ein und arbeiteten noch eine Zeitlang ohne jede Belästigung. Plötzlich trat Sprudelwasser aus dem Apparat, der sofort wahrgenommen wurde und der Arbeiter Jädel veranlaßte, sofort aus dem Apparat herauszukommen, was ihm auch gelang, während sein Kollege Jöns von der Leiter herab in den Apparat zurückfiel. Der in der Höhe befindliche Arbeiter Werry wurde von Jädel angerufen und ließ zur Rettung Jöns in den Apparat, wo er sofort ohnmächtig zusammenbrach. Sofort herbeigerufene Hilfe konnte die beiden Verunglückten nicht mehr retten.

